

Kein Dauerwahlkampf

Wenn in diesen Tagen die politische Arbeit in Berlin nach den Ferien wieder aufgenommen wird, sollten sich alle Verantwortlichen bewusst machen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wollen, dass auch im letzten Jahr der Legislaturperiode verantwortungsvolle Politik gemacht wird - zum Wohl des Landes und zur Lösung der anstehenden Probleme.

Ein einjähriger, verdeckter oder offener (Vor-)Wahlkampf wäre das letzte, was die Menschen in Deutschland wollen. Eine lähmend-abwartende Haltung wäre ebenso verheerend für unser Land wie ein ständiges Sich-Belauern oder das Suchen nach parteipolitischem Vorteil innerhalb der Großen Koalition. Es geht nicht um die Suche nach politischen Fehlern oder Schwächen des Koalitionspartners, sondern um konsequente Arbeit - miteinander, nicht gegeneinander.

Klingen solche Erwartungen unpolitisch? Oder unrealistisch? Im Gegenteil: sie sollten selbstverständlich sein. Und man sollte sie, wann immer es geht, in politischen Versammlungen vertreten. Wer verantwortlich mit seinem Wählerauftrag umgeht, als Abgeordneter oder als gewählte Regierung, dem muss daran gelegen sein, das Vertrauen in die Politik nicht weiter zu schädigen. Die kommenden 12 Monate dürfen nicht dem Streben nach parteipolitischem Vorteil dienen, sondern sie müssen der harten Sacharbeit und der konkreten Problemlösung gewidmet sein. "Dann, aber auch nur dann, wird es uns", um mit Oswald von Nell-Breuning zu sprechen, "eine Freude sein, Euch wiederzuwählen."

Stefan Vesper

14. Jg. Nr. 4 29. August 2008

Inhalt

| | |
|--|----|
| Kinderarmut ein beschämendes Problem | |
| Bildung und Teilhabe bieten Vorsorge | |
| Hermann Kues | 2 |
| Auf den Anfang kommt es an | |
| Frühe Hilfen für junge Familien | |
| Bettina Prothmann | 4 |
| Mehr als ein Konflikt zwischen Lebensschutz und Selbstbestimmung | |
| Für verbesserte Beratung im Rahmen pränataldiagnostischer Untersuchungen | |
| Ingrid Fischbach | 6 |
| EU nach dem Nein der Iren | |
| Europäische Bürger und Politiker gleichermaßen in der Verantwortung | |
| Sigrid Schraml | 8 |
| Diskriminiert und gespalten | |
| Die arabischen Christen der Gegenwart | |
| Dr. Carsten Walbner | 10 |
| Investition in Köpfe und gerechter Lohn | |
| Chancen für den Sozialstaat | |
| Gernot Mittler | 12 |

Kinderarmut ein beschämendes Problem

Bildung und Teilhabe bieten Vorsorge

Armut in einem reichen Land ist ein strukturelles gesellschaftliches Problem. Dass es besonders bei Kindern zum Ausdruck kommt, ist beschämend. Medientaugliche Polarisierungen und populistische Forderungen helfen hier nicht weiter. Notwendig ist eine nüchterne Analyse der Gründe, damit zielgerichtet Instrumente eingesetzt werden können. Die Bekämpfung von Kinderarmut ist nicht nur eine sozialpolitische Herausforderung, um Sozialhilfekarrieren vorzubeugen, sondern in erster Linie eine Wertentscheidung zugunsten jeder einzelnen Person: Kein Kind darf zurückgelassen werden. Es muss darum gehen, dass jeder – unabhängig von Herkunft und Vermögen – entsprechend seiner Begabung und seinen Anstrengungen die reale Chance hat, seinen angemessenen Platz in der Gesellschaft zu finden.

Nach der UNESCO-Definition sind in Deutschland zwischen 2,2 und 2,5 Millionen Kinder in Deutschland arm oder armutsgefährdet. Betroffen sind insbesondere Kinder von Alleinerziehenden (rund 800.000 Kinder), Kinder aus kinderreichen Familien (400.000) und Kinder mit Migrationshintergrund (520.000).

Strukturelle Rücksichtslosigkeit

Ein Blick in die Risikogruppen verdeutlicht die gesellschaftlichen Grundmuster, die sich hinter dem Problem der Kinderarmut verbergen: Es ist die langjährige strukturelle Rücksichtslosigkeit von Staat und Gesellschaft gegenüber der Familie, die die oben genannten Gruppen besonders stark zu spüren bekommen. Wir haben uns lange Zeit zu wenig ehrlich die Frage gestellt, wie Rahmenbedingungen aussehen müssen, damit sich Menschen nicht nur für ein oder mehr Kinder entscheiden können, sondern sie tatsächlich auch eine Chance haben, für sich und ihre Kinder den Lebensunterhalt zu erarbeiten.

Viel zu lange ist die Hoffnung genährt worden, der Staat allein werde schon für den finanziellen Ausgleich sorgen. In den Zahlen kommen Versäumnisse in der beruflichen Wiedereingliederung, in der Integration der Zugewanderten sowie im Bildungssystem zum Ausdruck, allerdings auch im Umfang und in der Gestaltung der finanziellen Leistungen.

Bildung, Gesundheit, Teilhabe

Kinderarmut drückt sich nicht alleine im fehlenden Geld aus, sondern auch in fehlender Bildung, mangelnder Gesundheit und unzureichender Teilhabe. Allgemein kann man sagen: Es ist nicht allein das fehlende Einkommen, sondern mehr noch der Mangel an Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dieser Chancenmangel verbaut den Kindern die Zukunft. Er nimmt unserem Land allerdings gleichzeitig auch die Zukunftsfähigkeit.

Es gibt keine Patentlösung

Die Beschreibung zeigt: Kinderarmut ist vielfältig und komplex. Für die Bekämpfung von Kinderarmut gibt es weder Patentrezepte noch reichen Sofortprogramme. Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, mit einer möglichst großen finanziellen Umverteilung das Problem lösen zu können. Erforderlich ist ein vielschichtiger Ansatz auf möglichst vielen Feldern: Arbeitsmarktpolitik, Familien- und Bildungspolitik, Gesundheitspolitik, natürlich auch Steuer- und Finanzpolitik.

Die Politik braucht hierzu starke Partner aus Wirtschaft und Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Kommunen. Nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung kann dieses Problem bewältigt werden. Politik kann dabei zur Reduzierung des Armutsrisikos in Familien lediglich die Rahmenbedingungen setzen. Entscheidend ist, die Eltern in die Lage zu versetzen, für ihre Familie selber sorgen zu können. Starke Familien brauchen starke Eltern. Die Entscheidung für Kinder darf kein Armutsrisiko darstellen. Gleichzeitig müssen wir allen Kindern gerechte Entwicklungschancen bieten. Die nachfolgend ausgeführten Maßnahmen versuchen, an der Lebenssituation von Familien anzusetzen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Nicht Kinder machen arm, sondern Kinder leben in Armut, wenn die Eltern keine oder nur eine un-

zureichende Arbeit haben. Wir brauchen daher familienfreundliche Arbeitsbedingungen, die es Eltern ermöglichen, ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen. Dazu gehört neben dem quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem die Unterstützung für Eltern, die sich im beruflichen Wiedereinstieg nach der Familienphase befinden. Es kann nicht sein, dass die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit deshalb scheitert, weil bei einer Kandidatin oder einem Kandidat Kinder vorhanden sind. Unternehmen müssen eine größere Flexibilität gegenüber Eltern und mehr Einfallsreichtum zeigen. Eltern müssen Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Das stellt auch Anforderungen an die Arbeitszeitgestaltung. Hier beweisen immer mehr Unternehmen, was alles geht.

Bildung ausbauen

Es wird darum gehen, die Bildungschancen von Kindern zu verbessern. Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wer arm ist, hat deutlich schlechtere Bildungschancen. Nur wenn bereits von früh an gute Bildungsangebote bestehen, kann die Vererbung von Generation zu Generation und der Teufelskreis von Bildungsarmut und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen durchbrochen werden. "Bildung für alle" hat das ZdK in seiner Erklärung "Lernen und Leben in der solidarischen Leistungsgesellschaft" postuliert und insbesondere eine Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik gefordert.

Ein solcher Ansatz käme vor allem benachteiligten Kindern zugute. Viele der armen Kinder leiden an vererbter Armut in Familien, die über Generationen von Sozialhilfe abhängig sind. Diesen Kindern hilft vor allem, ihnen eine Tür zu Bildung, zu Sprache und Teilhabe an der Gesellschaft zu öffnen. Das ist der einzige Weg: In dem sie selber eine gute Schullaufbahn einschlagen, einen Beruf finden und ausüben können, können sie in der nächsten Generation ihre Kinder dann aus eigener Kraft ernähren und unterstützen.

Geldleistungen wirksamer gestalten

Deutschland ist an der Spitze in Europa bei der Zahlung von Geldleistungen an die Familie. Das

Geld hat seine Berechtigung: Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld und Elterngeld reduzieren die relative Einkommensarmut von Familien deutlich. Aber: Geld allein löst das Problem nicht. Statt lediglich auf Umverteilung zu setzen, müssen wir verstärkt gezielte Hilfen für Familien geben. Finanzielle Unterstützung benötigen insbesondere die Familien, die aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt trotz Erwerbsbeteiligung nicht bestreiten können.

Deshalb ist eine Staffelung des Kindergeldes zugunsten großer Familien notwendig. Wer drei oder mehr Kinder hat, der verfügt schlicht über ein sehr knappes Haushaltsbudget, obwohl er sich ein eigenes Einkommen erarbeitet.

Ein anderes Instrument, der Kinderzuschlag, soll gezielt den Familien helfen, deren Eltern nur über ein kleines Einkommen verfügen, so dass sie zwar für sich, nicht aber für ihre Kinder das Existenzminimum erreichen. Diesen Familien und gerade kinderreichen Familien kommt der Kinderzuschlag zugute. Er verhindert, dass die Familien in Hartz IV abrutschen, nur weil sie Kinder haben.

Langer Atem erforderlich

Die Bewältigung struktureller gesellschaftlicher Probleme braucht einen langen Atem. Wir werden das Problem der Kinderarmut nicht von heute auf morgen lösen können. Wir müssen uns grundsätzlich die Frage stellen, welche Rahmenbedingungen für Familien falsch gestellt worden sind und Antworten darauf formulieren.

Ein Armutsrisiko besteht besonders bei Alleinerziehenden und steigt auch in Familien mit der Zahl der Kinder. Hier reicht oft das Einkommen nicht, auch wenn Vater und/oder Mutter fleißig arbeiten. Gezielte finanzielle Maßnahmen setzen an den konkreten Lebenslagen dieser Familien an. Die genannten Instrumente zur Stärkung von Bildung und Teilhabe können einen entscheidenden Schritt zur Bekämpfung der Kinderarmut darstellen.

Dr. Hermann Kues MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Sprecher des ZdK für gesellschaftliche Grundfragen

Auf den Anfang kommt es an

SkF baut sein Angebot im Bereich der Frühen Hilfen aus

Eine positive Eltern-Kind-Bindung in den ersten Lebensmonaten zählt zu den wichtigsten Schutzfaktoren. Sie ist für die weitere emotionale und kognitive Entwicklung eines Kindes entscheidend. Die Geburt und die ersten Lebensmonate eines Kindes stellen für Eltern einen gravierenden Einschnitt in ihr Leben dar. Überforderung und Hilflosigkeit der Eltern einerseits und kindliche Fehlentwicklungen und Störungen andererseits können die Folge sein. Daher will der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) mit seinem Projekt "Guter Start ins Leben" frühhestmöglich Mütter und Väter in ihrer neuen Situation als Eltern Unterstützung und Hilfe anbieten.

Der SkF erreicht in seinen vielfältigen Diensten und Einrichtungen junge Mütter und Eltern oft schon während der Schwangerschaft. In der Beratung nimmt der SkF wahr, dass Familien vermehrt Unterstützung bei der Versorgung ihrer Kinder benötigen und sich auch wünschen. Mütter und Väter sind zunehmend in ihren Erziehungsaufgaben auf sich allein gestellt und in ihrem Alltag mit Kindern überfordert. Unterstützungssysteme wie die eigene Herkunftsfamilie, Verwandtschaft, Nachbarschaften, die bei der Bewältigung von Belastungen und Krisen helfen können, erfüllen diese Funktion immer weniger. Zusätzlich bestimmen wachsende materielle Not, Partnerschaftsprobleme, zerbrochene Familienstrukturen, Einsamkeit, Überforderung und Existenzängste die Lebenssituation vieler Eltern und Familien.

Kinderschutz

Einkommensschwache Familien, Alleinerziehende und ein Großteil der Mehrkinderfamilien sind besonders belastet. Je geringer die finanziellen und materiellen Ressourcen, je schwieriger das soziale Umfeld, je belasteter und defizitärer die persönliche Situation der Erziehenden und je herausfordernder die Situation und das Verhalten des

Kindes ist, umso mehr steigt das Risiko, dass sich Beziehungsstörungen zu massiven Gefährdungen für das Kind verdichten. Aber auch in finanziell besser gestellten Familien mangelt es immer häufiger an emotionaler Zuwendung und Liebe.

Der SkF ist traditionell intensiv in der Arbeit mit und für Frauen und Familien engagiert. Von jeher steht dabei auch das Thema Kinderschutz im Mittelpunkt. Daher begrüßt der SkF, dass die Themen Kinderschutz und Ausbau Früher Hilfen inzwischen auch ganz oben auf der politischen Agenda stehen und vielfältige Projektaktivitäten in den einzelnen Bundesländern gestartet sind. Bedauerlich ist, dass es erst einer Flut von Pressemeldungen über dramatisch verlaufende Einzelfälle, in denen Kinder zu Tode gekommen sind, bedurfte, um der Öffentlichkeit und Politik den dringenden Handlungsbedarf zu verdeutlichen.

Frühe Hilfen

Das Angebot der Frühen Hilfen erstreckt sich von der Schwangerschaft bis zum Ende des dritten Lebensjahres. Der Schwerpunkt der Frühen Hilfen liegt in ihrer präventiven Ausrichtung. Familien sollen Unterstützung erfahren, bevor sich eine Belastungssituation zuspitzt. Es gibt unterschiedliche Ansätze wie z. B. STEEP oder Familienhebammen, bei denen Familien bereits in der Schwangerschaft oder aber direkt nach der Geburt eines Kindes durch Willkommensbesuche aufgesucht werden.

Im Bereich der frühen Hilfen sollen insbesondere die Dienste der Jugendhilfe und des Gesundheitswesens enger zusammenarbeiten, um kurzfristig Familien eine umfassende und passgenaue Hilfe zu ermöglichen. Dabei handelt es sich ausdrücklich um freiwillige Angebote. Dies bedeutet aber nicht, dass sie notwendige Interventionen ausschließen. Durch Früherkennung familiärer Belastungen bei gleichzeitiger Stärkung der vorhandenen Ressourcen, sollen Risiken für das Kindeswohl verringert werden.

Frühe Hilfen dürfen nicht stigmatisierend sein und direkt mit Diagnostikern auf Defizitsuche gehen. Sie sollen in erster Linie jungen Eltern Zuversicht vermitteln und dabei helfen, ihnen und ihren Kindern einen guten Start in ihr gemeinsames Leben zu geben.

"Guter Start ins Leben"

Der SkF Gesamtverein hat im Januar 2008 ein auf drei Jahre befristetes Präventionsprojekt "Guter Start ins Leben" gemeinsam mit den Ortsvereinen Frankfurt, Freiburg und Neuss gestartet. Möglich wurde das Projekt durch Mittel einer privaten Stiftung. Mit diesem Modellprojekt will der SkF sein Angebot im Bereich der Frühen Hilfen ausbauen. Die bereits bestehenden Hilfeangebote der SkF-Ortsvereine, wie etwa die Schwangerschaftsberatung, Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung etc., sollen miteinbezogen und um diesen Ansatz ergänzt werden. Im Rahmen des Projekts werden zusätzlich Erfahrungen und Erkenntnisse weiterer SkF-Ortsvereine, die im Bereich Frühe Hilfen tätig sind, zusammengeführt mit dem Ziel, einen konzeptionellen Rahmen für die Arbeit des SkF bundesweit in diesem Feld zu entwickeln.

"Guter Start ins Leben" richtet sich an alle Schwangeren, Mütter und Eltern mit Kindern unter 3 Jahren, die sich hilfeschend an den SkF wenden. Sie können sich an den drei Standorten zu bestimmten Themen informieren und an Gruppenangeboten teilnehmen. Offene Beratungsangebote ermöglichen in akuten Belastungssituationen kurzfristig Hilfestellung und Entlastung. Durch aufsuchende Arbeit sollen insbesondere Familien aus psychosozial belasteten Verhältnissen erreicht und unterstützt werden. Im Vordergrund des Projektes steht die Stärkung der Elternkompetenz und Eltern-Kind-Bindung durch einen systemischen ressourcenorientierten Arbeitsansatz. Dabei liegt der Schwerpunkt in der Anerkennung, Entlastung und Stärkung der jungen Eltern sowie der Anbindung an ein stützendes Netzwerk innerhalb ihres Sozialraumes.

An den drei Modellstandorten wird in einem interdisziplinären Team aus psychologischen, pädagogischen und medizinisch-pflegerischen Fachkräften gearbeitet. Dies ermöglicht ein umfassendes Hilfeangebot, welches ohne bürokratischen Aufwand in den unterschiedlichen Frage- bzw. Problemstellungen kurzfristig Unterstützung geben kann.

Das Projekt wird durch die Westfälische Wilhelms-Universität Münster wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Bei nachgewiesener Wirk-

samkeit soll eine Implementierung der Frühen Hilfen als Bestandteil des regulären Angebots der SkF-Ortsvereine und der damit erforderlichen Finanzierung durch das Gesundheits- und Sozialwesen erreicht werden.

Unverzichtbarer Baustein im Hilfekontext

Beim Schutz der Kinder vor Vernachlässigung gibt es zu präventiven Frühen Hilfen keine Alternative. Ein Kind hat an den Folgen einer unsicheren Bindung und einer belasteten Kindheit sein Leben lang zu tragen.

Die Inanspruchnahme von Unterstützung rund um die Geburt eines Kindes sollte in unserer Gesellschaft selbstverständlich sein. Zusätzlich sollten spezifische Angebote für Eltern in besonders belasteten Lebenssituationen etabliert werden. Passgenaue Hilfen müssen nach Art und Intensität am Bedarf der Familien ausgerichtet sein. Dies erfordert eine gesetzgeberische Verankerung der Frühen Hilfen und einer damit einhergehenden verbindlichen Finanzierung.

Investitionen im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung lohnen sich laut internationalen Studien. Aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln 2007 berechnet, dass diese Investitionen für die Gesellschaft eine Rendite von 13 Prozent bringen, da Programme der Frühen Hilfen langfristig Folgekosten (etwa in Form von Hilfen zur Erziehung nach dem KJHG) einsparen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass durch den verstärkten Blick auf Familien erst einmal die Ausgaben steigen werden, da der vielfache Bedarf offensichtlicher wird.

Auch die politisch geforderte Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen bedarf finanzieller und personeller Ressourcen. Diese system- und professionsübergreifende Kooperation ist essenziell für die Realisierung eines umfassenden Kinderschutzes. Die Stärkung von elterlichen Ressourcen und Kompetenzen in Verbindung mit Informationsvermittlung, Vorsorge und Früherkennung tragen zu einem nachhaltigen Kinderschutz bei.

Bettina Prothmann, Projektleiterin "Guter Start ins Leben", Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V.

Mehr als ein Konflikt zwischen Lebensschutz und Selbstbestimmung

Für verbesserte Beratung im Rahmen pränataldiagnostischer Untersuchungen

Vor der parlamentarischen Sommerpause wurde ein weiterer Anlauf genommen, die gesetzlichen Regelungen zu so genannten Spätabtreibungen zu verbessern. Bereits im Koalitionsvertrag von 2006 hatten die Fraktionen zugesagt, zu überprüfen, ob und gegebenenfalls wie die Situation bei Spätabtreibungen verbessert werden kann. Nun ist die Suche nach einem Kompromiss zwischen den Regierungsparteien erneut gescheitert. Dabei ist dringender Handlungsbedarf geboten.

Statistischen Angaben zufolge werden jährlich ca. 200 Feten nach der 22. Schwangerschaftswoche und damit zu einem Zeitpunkt abgetrieben, zu dem sie bereits außerhalb des Mutterleibs lebensfähig sind.

Mehr als ein Konflikt zwischen Lebensschutz und Selbstbestimmung

In der rechtspolitischen Debatte wird nach einem Ausgleich zwischen dem Lebensschutz des ungeborenen Kindes und der Selbstbestimmung der Schwangeren gesucht. Diese Ausrichtung, die sich aus dem verfassungsrechtlichen Gebot des Lebensschutzes ergibt, ist wichtig – dennoch greift eine ethische Debatte, die sich allein auf den normativen Konflikt zwischen Lebensschutz und Selbstbestimmung konzentriert, zu kurz. Eine nur rechtsethische Betrachtung wird Fragen der Beziehung zwischen Mutter und Kind, den Eltern untereinander und auch der Beziehung zwischen den werdenden Eltern und den Ärzten, welche die Indikation stellen und den Abbruch durchführen müssen, nicht gerecht. Vor allem wird eine solch einseitige Orientierung der Notsituation nicht gerecht, in der sich Eltern befinden, die vor der Entscheidung stehen, ob sie eine Schwangerschaft mit einem schwer fehlgebildeten Kind fortführen können und möchten oder ob sie keinen

anderen Ausweg sehen, als die Schwangerschaft abzuberechnen.

Schocksituation der Eltern

Zunächst und vor allem gilt es daher, sich vor Augen zu führen, in welcher Situation sich die werdenden Eltern befinden, was sie durchmachen und welche Gefühle sie durchlaufen: ihre Schwangerschaft ist bereits weit fortgeschritten, für das soziale Umfeld sichtbar und bekannt und die Eltern freuen sich über das werdende Kind – bis sie durch eine pränataldiagnostische Untersuchung erfahren, dass der Fetus so schwer geschädigt ist, dass "[...] der Abbruch der Schwangerschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden, und die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann." (§ 218a StGB Abs. 2). Der Abbruch der Schwangerschaft auf Grund medizinischer Indikation ist unbefristet zulässig.

Zum Zeitpunkt des Befundes, der eine medizinische Indikation rechtfertigt, befinden sich die Eltern bereits im zweiten Trimenon der Schwangerschaft und in einer Phase, in der die Kindsbewegungen für die Mutter bereits spürbar und damit auch dem Vater des Kindes zugänglich sind. Die Beziehung zum werdenden Kind ist entsprechend weit fortgeschritten, die Eltern haben meist bereits einen Namen für das Kind ausgewählt, Phantasien für das spätere gemeinsame Leben entwickelt und eventuell schon konkrete Vorbereitungen getroffen.

Der Befund über eine kindliche Schädigung kommt für sie völlig unerwartet, waren sie doch ‚guter Hoffnung‘ und haben sich wie alle werdenden Eltern auf die Geburt eines gesunden Kindes gefreut. In dieser Schocksituation müssen sie nun innerhalb kürzester Zeit eine unumkehrbare Entscheidung fällen, ob sie die Schwangerschaft fortsetzen oder einen Abbruch vornehmen lassen möchten.

Handlungsautonomie wieder herstellen

Bereits anhand dieser kurzen Konstellationsskizze wird deutlich, dass ich zu bezweifeln wage, ob an

dieser Stelle davon gesprochen werden kann, dass es darum geht, die Selbstbestimmung des Paares hinsichtlich des weiteren Vorgehens durchzusetzen. Worum es meines Erachtens gehen muss, ist zunächst, die Handlungsautonomie der Eltern so weit wie möglich wieder herzustellen, damit sie eine für sich und ihr weiteres Leben tragfähige Entscheidung fällen können.

Dies wiederum kann in der Praxis nur geschehen, wenn gegenüber werdenden Eltern bereits vor der Inanspruchnahme pränataldiagnostischer Maßnahmen angesprochen wird, welche weitreichende Entscheidungsfolgen die Untersuchungen nach sich ziehen können. Das Dilemma, das aus dem Erhalt eines positiven Befundes in der pränatalen Diagnostik resultiert, kann den Eltern seitens der Politik nicht abgenommen werden (– und ich wage auch zu behaupten, dass es auch aus ethischer Perspektive nicht vollständig aufgelöst werden kann). Was ethische und rechtspolitische Überlegungen jedoch leisten können, ist, ihr Augenmerk auf folgende Aspekte zu richten, damit es zu Gesetzesinitiativen kommt, die den Skandal der sogenannten Spätabbrüche beseitigen:

Beratung vor und nach PND

Zunächst sind die Rahmenbedingungen besser auszugestalten, vor denen sich betroffene Eltern mit einem positiven Befund aus der pränatalen Diagnostik auseinandersetzen müssen, indem die Beratung im Rahmen vorgeburtlicher Untersuchungen verbessert wird. Gerade auf psychosoziale Beratungsangebote muss stärker als bisher hingewiesen werden. So ist eine umfassende Beratung vor und nach der Inanspruchnahme pränataldiagnostischer Maßnahmen unabdingbar, damit einerseits werdende Eltern wohlinformiert entscheiden können, welche Untersuchungen sie vornehmen lassen möchten und damit andererseits das ungeborene Leben hinreichend vor übereilten Entscheidungen geschützt ist.

Bedenkzeit

Dafür ist es auch notwendig, dass zwischen einer erfolgten Diagnose und einem vorzunehmenden Abbruch eine Mindestbedenkzeit von drei Tagen oder mehr eingehalten wird. Nur mit einem solchen Zeitfenster bleibt Eltern die Möglichkeit, sich über die medizinischen und sozialen Konsequenzen des Befundes zu informieren und im

Idealfall Kontakt mit anderen betroffenen Eltern aufzunehmen.

Ein Abbruch auf Grund medizinischer Indikation sollte nur erfolgen, wenn Eltern auch hinreichend darüber informiert wurden, welche alternativen Handlungsoptionen ihnen offenstehen und welche Unterstützung sie erfahren, wenn sie sich für das Leben mit einem behinderten Kind entscheiden.

Drohende Behinderung darf kein Grund für Schwangerschaftsabbruch sein

Ganz klar muss politisch unterbunden werden, dass diagnostizierte Auffälligkeiten in pränatalen Untersuchungen automatisch zu einem Abbruch der Schwangerschaft führen. Auch wenn der Gesetzgeber in der Reform des § 218 StGB 1995 eindeutig festgehalten hat, dass eben nicht eine Behinderung oder Erkrankung des Feten als Legitimation für eine Abtreibung reklamiert werden kann, werden in der Praxis Schwangerschaften auf Grund diagnostizierter Fehlbildungen des Kindes beendet. Diesen Missstand eines selektiven Charakters pränataldiagnostischer Untersuchungen gilt es, politisch und gesellschaftlich aufzubrechen. Es darf nicht hingenommen werden, dass drohende Behinderungen der Grund sind, dass eine Schwangerschaft abgebrochen wird. Dies ist mit dem verfassungsrechtlichen Schutz des Lebens – unabhängig von seiner Konstitution – nicht vereinbar.

Unterstützung für Familien mit behinderten Kindern ausbauen

Daher müssen neben einer verbesserten Beratung bei pränataler Diagnostik die Unterstützungsangebote für Familien mit behinderten Kindern so ausgebaut werden, dass werdende Eltern sich nicht mehr aus Angst vor Überforderung genötigt sehen, im Schwangerschaftsabbruch eine Problemlösung zu suchen.

Gesellschaftspolitisch müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um ein Klima zu schaffen, in dem Menschen mit Behinderung genauso willkommen sind wie Menschen ohne Behinderung.

Ingrid Fischbach MdB, Beauftragte der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Präsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB), Mitglied des ZdK

EU nach dem Nein der Iren

Europäische Bürger und Politiker gleichermaßen in der Verantwortung

Am 12. Juni 2008 lehnten die irischen Wähler mit einer Mehrheit von 53,4 % der abgegebenen Stimmen den durch die 27 Staats- und Regierungschefs im Dezember 2007 unterzeichneten Vertrag von Lissabon ab. Sie stürzten damit die Europäische Union nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags vor drei Jahren in Frankreich und den Niederlanden erneut in eine tiefe Krise. Wie soll es weitergehen?

Irland ist das einzige Land der EU, in dem aufgrund einer Entscheidung des irischen Obersten Gerichtshofes aus dem Jahr 1987 Änderungen der EU-Verträge einer Zustimmung des Volkes per Referendum bedürfen. In den übrigen 26 Mitgliedstaaten erfolgt die Ratifizierung durch Abstimmung in den nationalen Parlamenten. Trotz des negativen Votums in Irland wurden die laufenden Ratifizierungsprozesse in den übrigen Mitgliedsländern nicht ausgesetzt. In 24 Staaten liegt die Zustimmung des Parlamentes inzwischen vor, bzw. ist die Ratifizierung abgeschlossen. Ungewiss ist der Ausgang des Ratifizierungsverfahrens jedoch noch in Deutschland und der Tschechischen Republik aufgrund anhängiger Verfassungsklagen. Bundespräsident Köhler hat angekündigt, mit seiner Unterschrift das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten zu wollen. Mit dem Urteil ist voraussichtlich erst Anfang 2009 zu rechnen.

Mit ihrer Ablehnung haben die Iren das Inkrafttreten des Reformvertrags zum 1. Januar 2009 für ganz Europa vorerst verhindert. Offen ist nun insbesondere die Frage, auf welcher rechtlichen Grundlage die für Juni 2009 geplanten Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden werden. Das irische Votum ist sehr zu bedauern, denn mit ihrem Nein zum Vertrag von Lissabon haben die Iren genau das abgelehnt, was permanent von der EU eingefordert wird: mehr Transparenz, mehr demokratische Kontrolle, mehr Effizienz, mehr außenpolitische Handlungsfähigkeit, mehr Beteiligung der nationalen Parlamente, mehr direkte Bürgerbeteiligung.

Keine Alternative zur Reform auf Vertragsweg

Zwar ist der Vertrag von Lissabon ein komplexer Gesetzestext von vielen hundert Seiten, der den meisten Bürgern unverständlich bleiben und der auch nicht alle Defizite der EU beheben wird. Der tschechische Präsident begrüßte daher das irische Votum als "Sieg der Freiheit und Vernunft über künstliche elitäre Projekte und über die europäische Bürokratie". Doch die Vorwürfe der Kritiker, die Methode der Weiterentwicklung der Union durch Verträge sei gescheitert, der Lissabon-Vertrag sei ein elitäres Werk und in einem undemokratischen Prozess hinter verschlossenen Türen von bürgerfernen Politikern ausgehandelt, greifen zu kurz.

Erstens gibt es keine Alternative zur Reform der EU über den Vertragsweg. Zweitens kann man das Einsetzen eines Verfassungskonvents und die Ratifizierung durch gewählte Parlamente nicht als undemokratisch bezeichnen. Drittens ist jeder neue europäische Vertrag immer ein Kompromiss des Machbaren, das Ergebnis langwieriger Verhandlungen, in denen die stark divergierenden nationalen Interessen in Einklang gebracht werden müssen. Die von vielen Bürgern beklagte Komplexität der Vertragstexte ist auch dem Bemühen der Staats- und Regierungschefs geschuldet, den unterschiedlichen Wünschen und Forderungen der Bürger gerecht zu werden.

Keine neuen Trennungen

In den letzten Wochen mangelte es nicht an Überlegungen über das weitere Vorgehen: sie reichten von einer erneuten ‚Denkpause‘ über den Ruf nach einem Europa der zwei Geschwindigkeiten, einem Kerneuropa oder ‚Club der Integrationsfähigen‘ bis zur Neugründung der EU unter Ausschluss Irlands. Europa kann und darf sich jedoch nicht abermals eine Auszeit leisten. Die Europäische Union muss – auch mit Blick auf die globalen Herausforderungen und Verpflichtungen, vor denen sie steht – alles daran setzen, die andauernde Beschäftigung mit sich selbst zu überwinden. Ein sogenanntes Kerneuropa birgt natürlich Chancen für diejenigen, die in der europäischen Integration schneller voranschreiten möchten. In verschiedenen Bereichen bewährt sich bereits ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten: die Währungsunion oder die Sicherheitspolitik sind nur zwei Beispiele. Und

dennoch würde jede weitere Aufspaltung die Union für den Bürger noch unverständlicher machen und knapp 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs neue Trennungen bedeuten.

Die EU sollte vielmehr alles daran setzen, den drohenden Stillstand gemeinsam zu überwinden. Dazu müssen Antworten auf die Ablehnungsgründe der Iren gefunden werden. Denn das Votum der Iren muss ernst genommen werden, ebenso ernst wie die Referenden 2005 in Frankreich und den Niederlanden. Die Isolation Irlands wäre der falsche Weg; gleichzeitig müssen jedoch auch kritische Fragen erlaubt sein.

Ein neues Referendum?

Unmittelbar nach dem Referendum haben mehrere Staats- und Regierungschefs unmissverständlich deutlich gemacht, dass eine Neuverhandlung des Lissabon-Vertrags außer Frage steht. Wie schon bei der irischen Ablehnung des Vertrags von Nizza 2001 steht somit erneut die Abhaltung eines zweiten Referendums als Weg aus der Sackgasse im Raum. Wenn man die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zum Referendum näher betrachtet, sollte man diese Option nicht sofort als ‚undemokratisch‘ geißeln und beklagen, hier würde der Wille des Souveräns missachtet.

Die Nein-Kampagne einiger Populisten fand mit dem Schüren teils irrationaler Ängste vor dem Verlust der irischen Identität offensichtlich mehr Gehör als die von vielen politischen und gesellschaftlichen Kräften gestützte Ja-Kampagne. Das Nein-Lager argumentierte mit vermeintlich negativen Auswirkungen des Vertrages – Lockerung des Abtreibungsverbot, Nachteile für die Fischerei, Erhöhung der Unternehmenssteuern, Bedrohung der militärischen Neutralität, etc. –, die der Vertragstext schlicht nicht hergibt. Dies macht es auch ungleich schwieriger als 2001, den Iren etwa mit zusätzlichen Zugeständnissen entgegen zu kommen. In vielen Bereichen wie z. B. der Sicherheits- oder Innen- und Justizpolitik profitiert Irland bereits heute von zahlreichen Sonderregelungen, sogenannten opt-outs bzw. opt-ins.

Informationsdefizit

Davon abgesehen muss uns alarmieren, dass das Mehrheitsvotum der irischen Bevölkerung überhaupt keine Entsprechung im irischen Parlament

hatte. Bis auf Sinn Féin warben alle im Parlament vertretenen Parteien für den Vertrag von Lissabon. Was diese Kluft zwischen Bevölkerung und politischer Elite angeht, ist Irland sicherlich kein Einzelfall. Dafür mag man erneut das Führungspersonal verantwortlich machen. Zum Teil berechtigt. Europa kommt in unseren nationalen Debatten, Medien und Schulen – aber auch in der Kirche – nach wie vor zu wenig vor. Als Hauptgrund für ihr ablehnen des Votum gaben 22% der befragten Iren einen Mangel an Informationen an. Viele konnten den Vertrag nicht verstehen und stimmten deswegen mit Nein. Erneut ist es nicht gelungen, Europa erfolgreich zu kommunizieren. Hier stehen wir alle in der Pflicht, wesentlich größere Anstrengungen zu unternehmen. Dabei ist es nicht gerade hilfreich, Symbole der EU wie Hymne und Flagge, die die Identifizierung erleichtern, aus dem Vertragswerk zu streichen.

Fehlendes europäisches Verantwortungsbewusstsein

Es sollte aber auch die Frage nach einer gewissen Bringschuld der europäischen Bürger erlaubt sein. Wir beklagen eine fehlende europäische Identität, ein fehlendes europäisches Bewusstsein – ein fehlendes europäisches Verantwortungsbewusstsein könnte man versucht sein zu ergänzen. Wir müssen als Bürger Europas wieder lernen, die zur Selbstverständlichkeit gewordenen Errungenschaften der EU – von einer Jahrzehnte andauernden Friedensperiode bis zu günstigen Telefentarifen – wert zu schätzen. Europa ist kein nationaler Selbstbedienungsladen, der sich bequem konsumieren lässt. Europa lebt vom Einsatz aller – jedes einzelnen auf seiner Ebene. ‚Solidarität‘ ist einer der Schlüsselbegriffe im Vertrag von Lissabon. Es wird Zeit, dass wir diese Solidarität wieder im eigentlichen Sinn des Wortes begreifen: als Prozess, der auf Gegenseitigkeit beruht.

Vielleicht müssen wir aber auch erkennen, dass es Themen gibt, die sich ob ihrer Komplexität schlicht nicht für Referenden eignen. Was, wenn doch die politische Elite recht hatte und nicht der Souverän? "Auch Iren können irren", sagte der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker kürzlich in einem Interview.

Sigrid Schraml, Referentin für internationale Aufgaben im Generalsekretariat des ZdK

Diskriminiert und gespalten

Die arabischen Christen der Gegenwart

Die politische Diskussion um die Aufnahme christlicher Flüchtlinge aus dem Irak hat die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit auf die Situation der beinahe vergessenen Christen in arabischen Ländern gelenkt. Wie stellt sich deren Situation heute dar?

Nach wie vor ist die Zugehörigkeit zu einer Konfessionsgruppe eines der entscheidenden Kriterien für die Identitätsbestimmung der meisten Menschen im Nahen Osten. Glauben erzeugt Zugehörigkeit und grenzt ab bzw. sogar aus. Die meisten Christen fühlen sich als Glieder alter kirchlicher Gemeinschaften, deren Entstehung in die Zeit vor dem Islam zurück geht. In nicht wenigen Fällen werden Mythen einer nicht-arabischen Abstammung gepflegt, auch wenn die meisten Christen des Nahen Ostens schon seit Jahrhunderten vollständig arabisiert sind. Der Islam als die beherrschende Glaubensmacht in der arabischen Welt wird als eine Kraft verstanden, die als Eroberer und Eindringling in die Region kam und seit nunmehr 1400 Jahren das Christentum in seiner religiösen und politischen Entfaltung einschränkt.

Islamischer Wahrheitsanspruch

Das Christentum sieht sich einer beständigen Herausforderung seitens der islamischen Glaubenslehre gegenüber, die die zentralen Dogmen des christlichen Glaubens ablehnt. Die daraus entstandene theologische Auseinandersetzung, die ihren Niederschlag in einer umfangreichen polemischen und apologetischen Literatur gefunden hat, kreist vor allem um die Göttlichkeit und den Kreuzestod Christi sowie die Trinitätslehre. Der Islam versteht sich als "die Religion bei Gott", welche die vermeintlichen Entstellungen der göttlichen Botschaft, welche Eingang in die heiligen Schriften der Juden und Christen fand, ein für alle Mal berichtigt hat.

Diese islamische Haltung einer gottgegebenen Überlegenheit und Wahrhaftigkeit, die ihren Niederschlag auch in den juristischen Bestimmungen für den Umgang mit den Nichtmuslimen gefunden hat, drängte die Christen in die Defensive, in der

sie sich mit Ausnahme des Libanon bis heute in allen arabischen Ländern befinden. Dies führte nicht nur zur Ausprägung einer bestimmten heuchlerisch-liebedienerischen Haltung gegenüber den muslimischen Autoritäten – der sog. dhimmitude –, sondern hatte auch sichtbare Auswirkungen auf die Glaubenspraxis, das Verhältnis der Gläubigen zur Kirche und umgekehrt.

Diskriminierung

Christen werden in weiten Teilen der arabischen Welt aufgrund ihres Glaubens diskriminiert. Dies beginnt in der Schule und setzt sich später an den Universitäten und im Arbeitsleben, in Politik und Gesellschaft fort. In vielen Ländern wird ein bewusstes individuelles (das Tragen christlicher Symbole oder Namen) oder kollektives Glaubensbekenntnis (Rücksichtnahme auf den christlichen Glauben im öffentlichen Raum, z. B. an Schulen oder Universitäten; bürokratische Hindernisse beim Kirchenbau) erschwert, teilweise gar verhindert. Somit wird die Teilhabe der christlichen Gemeinschaften an den gesellschaftlichen Prozessen behindert. Christlich motivierte und entsprechend formulierte Stellungnahmen werden seitens der muslimischen Mehrheit entweder als unbotmäßige Arroganz oder gar Versuch der Missionierung betrachtet und entsprechend vehement zurückgewiesen. Es ist somit schwer, eine aus dem eigenen Glauben heraus inspirierte Politik zu betreiben und dem Christentum auch im Bereich der politischen Gestaltung des Lebens eine eigenständige Stimme zu verschaffen.

Strikt getrennte Glaubenswelt

Diese Lage führt dazu, dass die Christen sich ihre eigene, mehr oder weniger strikt getrennte Glaubenswelt schaffen. Der so eifrig als Allheilmittel gepriesene interreligiöse Dialog, der sich im Westen zu einer wahren Industrie entwickelt hat, findet im Nahen Osten auf der Ebene der Laien wenn überhaupt als "Dialog des Lebens", als ein Arrangieren in praktischen Fragen unter weitgehender Ausklammerung von Glaubensfragen statt. Die Wirksamkeit des interreligiösen Dialogs in Form von Gesprächen zwischen Religionsführern ziehen inzwischen viele christliche Protagonisten, so etwa die libanesischen Bischöfe George Khudr oder Gregoire Haddad, in Zweifel. Auf der Ebene der

"einfachen" Gläubigen herrscht ein weitgehend von Vorurteilen geprägtes Halbwissen.

Rolle der Kirchen

Die Kirchen sind als Lehrer und Leiter der Gläubigen in den schwierigen Prozessen des Alltags oft überfordert. Mit Ausnahme der maronitischen Kirche, die auf der jüngsten Patriarchalsynode (2003-2006) eine gründliche Positionsbestimmung vorgenommen und ein weitgreifendes Programm der Zukunftsbewältigung erarbeitet hat, haben die orientalischen Kirchen bisher keine umfassenden Konzepte entwickelt, wie sie sich den Herausforderungen der Moderne stellen wollen. Bei allem tiefverwurzelten Respekt vor kirchlichen Würdenträgern wird die Führungsqualität der Bischöfe von vielen Gläubigen sehr kritisch und nüchtern gesehen. Oft wird Kirche nur noch als identitätsstiftender sozialer Rahmen betrachtet, nicht mehr aber auch als lebendiger spiritueller Bezugspunkt.

Ausweg Emigration

Im Zuge von Islamisierung und Globalisierung schwinden die Bindungen an die arabische Heimat, der sich viele Christen aufgrund der religiösen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zunehmend entfremdet sehen. Der Glaube, der früher untrennbar mit dem Heimatland verbunden war, findet andere Bezugspunkte, sei es in den Kirchen und Gesellschaften des Westens oder auch den dortigen Diasporagemeinden. Hier macht sich neben der Globalisierung auch eine Vernachlässigung der Erschließung und Propagierung des eigenen lokalen Erbes durch die Heimatkirchen bemerkbar, was aber zum Teil auch durch die geschilderten muslimischen Positionen und Verhaltensweisen zu erklären ist. So kommt es insbesondere bei jungen Gläubigen zu einer Entfremdung gegenüber der Heimatregion. Die Emigration erscheint nicht nur als ein Weg in politische Freiheit und wirtschaftliches Wohlergehen, sondern auch als eine Möglichkeit, ungehindert seinen Glauben leben zu können.

Dem gegenüber stehen aber auch gegenläufige Tendenzen, die sich im großen Zulauf manifestieren, den charismatische Bewegungen erfahren oder auch in einer strengeren Observanz christlicher Glaubensregeln, wie z. B. des Fastens.

Konfessionelle Teilung als Belastung

Auch der spezifischen Verfasstheit und Befindlichkeit der christlichen Kommunitäten, die nicht nur auf den Einfluss des Islam zurückzuführen sind, wohnen Elemente inne, die sich negativ auf die Gläubigen auswirken. Der sich z. T. aufgrund der demographischen Entwicklungen drastisch verschärfenden Minderheitensituation entspringen Angst, Minderwertigkeitskomplexe und eine Ghetto mentalität. Die Teilung der Christen in zahlreiche Konfessionen, die sich oft skeptisch, teilweise gar ablehnend und feindlich gegenüberstehen, wird von vielen Gläubigen als sehr schmerzhaft empfunden, schwächt sie doch die christliche Gemeinschaft und entzieht ihr in den Augen der Muslime viel Glaubwürdigkeit.

Unterstützung des Westens

Viele Christen in der islamischen Welt fühlen sich isoliert, ausgegrenzt und verlassen, nicht selten auch verachtet und bedroht. Dies stellt ihren Glauben auf eine harte Probe. Und doch ist es der Wille der Menschen, Zeugnis für ihren Glauben abzulegen, auf die die Kirchen ihre Hoffnung auf ein Überleben des Christentums in der islamischen Welt gründen. Keine geringe Forderung, für deren Erfüllung sie auch der Unterstützung des Westens bedürfen, wie dies Dr. Rowan Williams, der Erzbischof von Canterbury, sehr deutlich zum Ausdruck brachte: "Diese Gemeinschaften werden nur überleben, wenn die christlichen Glaubensbrüder im Westen sich entschließen, ihnen ein wenig Aufmerksamkeit zu schenken. Dies bedeutet nicht, ungeschickten politischen oder militärischen Druck auszuüben, um sie zu ‚schützen‘, [also] mit Mitteln, die lediglich die Vorstellung verstärken, dass sie Alliierte des Westens und daher nicht vertrauenswürdig seien. Das ist in der Vergangenheit viel zu oft geschehen. Es bedeutet [vielmehr,] willens zu sein zu protestieren, wenn sie schlecht behandelt werden; direkte Kontakte mit ihnen anzuknüpfen, um Verbindungen zwischen den lokalen Kirchen hier [im Westen] und im Nahen Osten herzustellen; sich, wenn wir die Region besuchen, daran zu erinnern, dass sie existieren und Freunde brauchen."

Dr. Carsten Walbiner, Deutscher Akademischer Austausch Dienst (DAAD)

Investition in Köpfe und gerechter Lohn

Chancen für den Sozialstaat

In den letzten Ausgaben der SALZkörner haben verschiedene Autoren aus unterschiedlichem Blickwinkel Stellung zu der ZdK-Erklärung "Mut zur Zukunft – Verantwortung des Einzelnen und des Sozialstaates angesichts neuer Risikosituationen" bezogen. Der ehemalige Rheinland-Pfälzische Finanzminister Gernot Mittler setzt diese Reihe fort.

Der Entwicklungsbericht 1995 der Weltbank beginnt mit folgenden Sätzen: "Vor 20 Jahren waren zwei Drittel aller Arbeitsplätze weltweit durch Protektionismus und Planwirtschaft von den internationalen Märkten weitgehend abgeschnitten. Bis zum Jahr 2000 werden über 90 Prozent aller Erwerbstätigen in Ländern arbeiten, die stark in die Weltwirtschaft eingebunden sind. In den nächsten drei Jahrzehnten werden zu der Zahl der Arbeitskräfte von heute weltweit 2,5 Mrd. weitere 1,2 Mrd. Menschen hinzukommen, und diese Zunahme wird zu 99 Prozent in den Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen stattfinden."

Weltweiter Zuwachs an Arbeitsplätzen

Heute, im Jahr 2008, ist nahezu die Hälfte der damals angenommenen Zeit, während der sich das weltweite Angebot von Arbeitsplätzen um 50 Prozent (!) erhöhen würde, verstrichen; doch wir wissen, dass die Geschwindigkeit, mit der sich das Arbeitskräfteangebot ausgeweitet hat, seither noch ganz signifikant erhöht hat. Damit ist im globalen Maßstab eine neue Wettbewerbssituation entstanden. Die Folge: Die internationale Arbeitsteilung, die wir auch Globalisierung nennen, ist in einer kurzen Zeitspanne in einem unvorstellbaren Ausmaß gewachsen. Daraus wiederum resultierte ein hoher Anpassungsdruck auf die hoch entwickelten Volkswirtschaften, also die Industrieländer, und diese Entwicklung ging einher und wurde begünstigt und beschleunigt durch eine Informationstechnologie, die weltweit und grenzenlos verfügbar ist. Das Ergebnis war ein dynamisches Wachstum des Welthandels, und die deutsche

Volkswirtschaft ist eine der Hauptgewinnerinnen dieser Entwicklung; die hohe Exportquote bestätigt es.

Fragen für den deutschen Arbeitsmarkt

Doch an den sehr konkreten Auswirkungen, die sich daraus auf den deutschen Arbeitsmarkt ergeben haben, darf man nicht vorbeisehen. Daher ist es verständlich, dass diese Veränderungen auch Unsicherheiten und Ängste erzeugt und Fragen aufgeworfen haben, z.B.: Wandern unsere Arbeitsplätze nicht infolge der Globalisierung in sog. Billiglohnländer ab? Habe ich bei Verlust meines Arbeitsplatzes überhaupt noch eine Chance auf einen neuen? Kann man vom Lohn eines Vollzeit-Arbeitsverhältnisses noch menschenwürdig leben? Wie tragfähig noch ist unser soziales Sicherungssystem, und droht nicht erneut Altersarmut? Nimmt nicht die Ungleichheit in der Gesellschaft zu, die Spaltung in "die da oben" und "wir hier unten"? Was ist mit dem einst hoch gerühmten sozialen Frieden? Kurz: Steht der Sozialstaat nur noch auf dem Papier?

Das Positionspapier des ZdK nimmt diese und weitere Fragen auf und gibt auch Antworten; keine endgültigen, (wer könnte das auch!), wohl aber sachdienliche, oftmals verbunden mit der Einladung, die Diskussion weiter zu führen. Auf einige Aspekte soll nachstehend eingegangen werden:

Bildung

Der Zusammenhang von Bildung und Lebenschancen, insbesondere beruflichen, ist unbestritten. Das ist bedeutsam nicht nur aus der Sicht jedes(r) Einzelnen, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Märkten nachhaltig sichern und unseren Lebensstandard dauerhaft bewahren wollen, dann brauchen wir leistungsstarke Schulen und leistungsbereite Schülerinnen und Schüler, und wir brauchen gut ausgebildete Wissenschaftler, Laboranten, Ingenieure, Facharbeiter usw., (nicht zu vergessen mit Sprachkompetenz); wir brauchen also Investitionen in Köpfe, in jeden einzelnen Kopf! Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Im ZdK-Papier heißt es: "In Deutschland besteht ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg. Die Gefahr des schulischen und beruflichen Misserfolgs ist vorprogrammiert. Es gilt ein zweifacher Zusammenhang: Mangelnde Bildung erhöht

die Gefahr, in (materielle) Armut zu geraten, und materielle Armut gefährdet die Bildungsbeteiligung." Diese Situationsbeschreibung ist leider zutreffend, und dies ist eine Katastrophe, mehr noch: eine Schande; sowohl im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt wie auch bezüglich der Lebenschancen der(s) Einzelnen.

Das Papier nennt auch wichtige Ursachen für diesen Zu- und Missstand: Die Überforderung vieler Eltern, "die Neugier und Antriebskräfte ihrer Kinder von Anfang an zu fördern." Und es stellt auch "in besonderer Weise" die Frage nach der Verteilung der Verantwortung zwischen Eltern und Staat. Vor diesem Hintergrund ist der in Deutschland noch immer nicht endgültig überwundene Ideologiestreit darüber, was Sache der Eltern und was Sache des Staates ist, nahezu skurril. Das gilt auch für die vorschulische Erziehung. Wir wissen doch, dass ein möglichst frühzeitiges Lernen den höchsten Lernerfolg verspricht, ("Früh krümmt sich, was ein Haken werden will!"), und dass gemeinsames Spielen und Lernen von Kindern, die heute ganz überwiegend als Einzelkinder aufwachsen, ihre soziale Kompetenz stärkt. Auf diesem Felde ist die Politik inzwischen Gott sei Dank und weitgehend im Konsens weiter als Teile der Gesellschaft, übrigens auch als wichtige Teile unserer Kirche. Bildung "von Anfang an" sowie Aus- und Weiterbildung gehören auf die erste Rangstelle unserer politischen Agenda, denn ohne qualifizierte Ausbildung gibt es keine qualifizierten Fachkräfte. Schon heute fehlen uns zehntausende Ingenieure!

Gerechter Lohn

Die ZdK-Erklärung fordert, "Risiken des Arbeitsmarktes human (zu) bewältigen.", und: "Für jeden Menschen muss ... ein Einkommen gesichert sein, das ein Leben in Würde ermöglicht." Daran schließt sich die Aufforderung an: "Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowie die Tarifpartner müssen Bedingungen herstellen, die es ermöglichen, dass jemand, der eine Vollzeitarbeit hat, auch menschenwürdig von seinem Arbeitseinkommen leben kann." Ohne Zweifel ist im Zuge des Agenda-2010-Prozesses und der konjunkturellen Erholung in den letzten Jahren Bewegung in den Arbeitsmarkt hinein gekommen, die Schaffung von 1,3 Millionen neuer sozialversicherungspflichtiger

Arbeitsplätze ist Beleg dafür. Allerdings kann man nicht daran vorbei sehen, dass die Anzahl der Beschäftigten, die zur Aufstockung ihres Arbeitsentgeltes Transferleistungen aus öffentlichen Kassen in Anspruch nehmen, ebenfalls deutlich gewachsen ist. Zwar ist diese Kombination von Erwerbseinkommen und Sozialtransfer Beweis für die Funktionsfähigkeit unseres Sozialsystems, allerdings ist es nicht akzeptabel, dass viele Unternehmen sich zunehmend zulasten öffentlicher Haushalte von Lohnkosten entlasten. Ebenso kritisch ist das System der Zeitarbeit in den Blick zu nehmen, wenn z.B. über betrieblich-organisatorische Gestaltungen Arbeitnehmer aus ihrem bisherigen Beschäftigungsverhältnis "ausgliedert" werden und sich dann auf der Payroll eines neuen Arbeitgebers am bisherigen Arbeitsplatz wieder finden, nur zu einem geringeren Lohn. Hier ist, und zwar vor gesetzgeberischem Handeln, unternehmerische Verantwortung gefragt, etwa so, wie der Bund katholischer Unternehmer (BKU) es formuliert hat: "Wir erwarten von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Loyalität, aber wir verpflichten uns auch zur Loyalität ihnen gegenüber."

Wie viel Ungleichheit verträgt die Gesellschaft?

Das ZdK-Dokument stellt ein in den letzten Jahren deutlich gewachsenes Einkommensgefälle fest: Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind von 2000 bis 2006 nahezu zehnmals so stark gewachsen wie die Arbeitnehmereinkommen. Diese Feststellung führt zu der Frage, wie viel Ungleichheit eine Gesellschaft auf Dauer verträgt, ohne Schaden zu nehmen. Die Menschen regen sich z.B. darüber auf, dass (nach einer aktuellen Untersuchung von KIENBAUM) die Bezüge der Vorstände der DAX-Unternehmen, (die aufgrund ihrer Bedeutung die öffentliche Wahrnehmung maßgeblich prägen), in den letzten 20 Jahren um 650 Prozent gewachsen sind, während von den Arbeitnehmern im Interesse des Wirtschaftsstandortes Lohnzurückhaltung erwartet wurde. Das dient nicht dem sozialen Frieden und stellt die Soziale Marktwirtschaft in Frage. Es geht um viel: Der Sozialstaat ist Verfassungsstaat, und ihn zu schützen und fort zu entwickeln ist nicht nur eine politische Aufgabe, sondern gemeinsame Verantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen.

Gernot Mittler, Mitglied des ZdK